

Auszug

<u>aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des</u> Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung vom 07.12.2023:

zu 6.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung von Zielen und Qualitätskriterien für Veranstaltungen und Märkte auf dem halleschen Marktplatz und anderen zentralen Plätzen Vorlage: VII/2023/05673

<u>Abstimmungsergebnis:</u> vertagt

- Die Stadt wird beauftragt, zur Sicherung der Qualität von Veranstaltungen auf dem Marktplatz und anderen zentralen Plätzen inhaltliche Zielsetzungen und Kriterien zu erarbeiten. Dabei sollen zu erarbeitende Leitlinien den gehoben kulturellen und gestalterischen Ansprüchen der Orte Rechnung tragen und dafür sorgen, dass Veranstaltungen aufeinander abgestimmt sind.
- 2. Wir regen dazu an, dass im ersten Schritt eine Arbeitsgruppe aus Stadtverwaltung (Wirtschaftsförderung, Team Sondernutzung/Märkte, Fachbereich Kultur etc.), Stadtmarketing, IHK und weiteren Akteuren wie Citygemeinschaft und Vertretern der Stadtratsfraktionen Ziele und Markenkerne erarbeitet. Der Prozess sollte zur Professionalisierung fachlich durch externe Begleitung moderiert werden.

F.d.R.		
Sarah Lange		
Protokollführerin		



Auszug

<u>aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des</u> Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung vom 07.12.2023:

zu 6.1.1 Änderungsantrag der Fraktion Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung von Zielen und Qualitätskriterien für Veranstaltungen und Märkte auf dem halleschen Marktplatz und anderen zentralen Plätzen Vorlage: VII/2023/06170

<u>Abstimmungsergebnis:</u> abgesetzt

- 1. Die Stadt wird beauftragt, zur Sicherung der Qualität von Veranstaltungen auf dem Marktplatz und anderen zentralen Plätzen inhaltliche Zielsetzungen und Kriterien zu erarbeiten. Dabei sollen zu erarbeitende Leitlinien den gehoben kulturellen und gestalterischen Ansprüchen der Orte Rechnung tragen und dafür sorgen, dass Veranstaltungen aufeinander abgestimmt sind.
- 2. Wir regen dazu an, dass im ersten Schritt eine Arbeitsgruppe aus Stadtverwaltung (Wirtschaftsförderung, Team Sondernutzung/Märkte, Fachbereich Kultur etc.), Stadtmarketing, IHK und weiteren Akteuren wie Citygemeinschaft und Vertretern der Stadtratsfraktionen Ziele und Markenkerne erarbeitet. Der Prozess sollte zur Professionalisierung fachlich durch externe Begleitung moderiert werden.
- 3. Um den gehoben kulturellen und gestalterischen Ansprüchen gerecht werden zu können, wird außerdem durch eine externe und fachlich kompetente Arbeitsgruppe ein verbindlicher Gestaltungsleitfaden für temporäre Stadtmöblierungs- und Werbeelemente auf den zentralen Plätzen im Allgemeinen und dem Marktplatz im Besonderen erarbeitet.

F.d.R.		
Sarah Lange		



Auszug

<u>aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des</u> Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung vom 07.12.2023:

zu 6.2 Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur Durchführung eines jährlichen Verkehrssicherheitstages für Fahrradfahrer in der Stadt Vorlage: VII/2023/06041

<u>Abstimmungsergebnis:</u> vertagt

- 1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert ein Konzept zu erstellen um in Zusammenarbeit mit der Landespolizei einen jährlichen Verkehrssicherheitstag für Fahrradfahrer durchzuführen.
- 2. In der Folge wird die Landespolizei angefragt ob eine solche Veranstaltung gemeinsam durchführbar wäre.

F.d.R.	
Sarah Lange	
Protokollführerin	



Auszug

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung vom 07.12.2023:

zu 6.3 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Einbeziehung der Reservisten und der Kameraden des THW in den Prüfauftrag VII/2023/05480 zur kostenfreien Nutzung hallescher Schwimmhallen Vorlage: VII/2023/06331

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat erweitert seinen in der Sitzung am 30.09.23 beschlossenen Prüfauftrag VII/2023/05480 auch auf die ehrenamtlichen Reservisten der Bundeswehr und Kameraden des THW in Halle.

F.d.R.	
Sarah Lange	
Protokollführerin	



Auszug

<u>aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des</u> Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung vom 07.12.2023:

zu 6.4 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Prüfung der Erweiterung der Park + Ride-Station Trotha
Vorlage: VII/2023/06316

<u>Abstimmungsergebnis:</u> vertagt

- 1. Die Stadtverwaltung prüft, ob die Park + Ride-Station in Trotha aufgrund ihrer hohen Auslastung erweitert werden kann.
- 2. Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat bis Februar 2024 vorgelegt.

F.d.R.	
Sarah Lange	
Protokollführerin	



Auszug

<u>aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des</u> Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung vom 07.12.2023:

zu 6.5 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Prüfung des Einsatzes von

Countdown-Ampeln Vorlage: VII/2023/06317

Abstimmungsergebnis: vertagt

- 1. Die Stadtverwaltung prüft, welche Fußgängerfurten mit Lichtsignalanlagen, die keine Straßenbahnquerungen aufweisen, für die Installation einer Countdown-Ampel geeignet sind. Dabei werden die beiden Systeme, klassisch mit Sekundenzähler sowie das Berner Model mit einem Ring, gegenübergestellt. Im Prüfergebnis wird die finanzielle Auswirkung, der Nutzen und eventuell geplante Um- und Ausbaumaßnahmen an Fußgängerfurten dargestellt.
- 2. In zukünftigen Vorlagen für den Stadtrat wird bei Fußgängerfurten mit Lichtsignalanlagen, die keine Straßenbahnquerungen aufweisen, eine Countdown Ampel als Option mit geplant.
- 3. Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat bis Februar 2024 vorgelegt.

F.d.R.	
Sarah Lange	
Protokollführerin	



Auszug

<u>aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des</u> Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung vom 07.12.2023:

zu 6.6 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Installation fahrradsicherer

Gleise

Vorlage: VII/2023/06318

Abstimmungsergebnis: vertagt

- 1. Beim Neubau bzw. bei der Sanierung von Straßenbahngleisen wird auf Straßen, die eine hohe Unfallhäufigkeit im Zusammenhang mit Radfahrenden aufweisen, an geeigneten Stellen ein fahrradsicheres Gleis eingebaut.
- 2. Aufgrund der Prüfung der Verwaltung, die Unfallschwerpunkte in der Großen Ulrichstraße/Höhe Schulstraße, der Großen Steinstraße/Höhe Barfüßerstraße und der Geiststraße festgestellt hat, werden diese Bereiche bevorzugt beim Neubau bzw. bei der Reparatur mit fahrradsicheren Gleisen ausgestattet.
- 3. Die Umsetzung erfolgt bei Planungs- und Baumaßnahmen ab dem 01.01.2024.

F.d.R.	
Sarah Lange	
Protokollführerin	



Auszug

<u>aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des</u> Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung vom 07.12.2023:

zu 6.7 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Reinigung der von den Freiwilligen Feuerwehren genutzten Räume in städtischen Liegenschaften

Vorlage: VII/2023/06327

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die in städtischen Liegenschaften befindlichen und von den Freiwilligen Feuerwehren genutzten Räume, d.h. Toiletten und Sanitäranlagen sowie Aufenthalts-, Schulungs- und Seminarräume durch Fachkräfte reinigen zu lassen.
- Gegebenenfalls vorhandene Nutzungsvereinbarungen der Stadt Halle mit den Freiwilligen Feuerwehren werden hinsichtlich der Reinigung der genutzten Räume, d.h. Toiletten und Sanitäranlagen sowie Aufenthalts-, Schulungs- und Seminarräume zum 01. Januar 2024 konkretisiert.

F.d.R.	
Sarah Lange	
Protokollführerin	



Auszug

<u>aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des</u>
Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung vom 07.12.2023:

zu 6.8 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erstellung eines Hit-

zeaktionsplanes

Vorlage: VII/2023/06329

<u>Abstimmungsergebnis:</u> vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis Januar 2024 April 2024 einen Hitzeaktionsplan für Halle vorzulegen, der insbesondere die folgenden Maßnahmen umfasst:

- 1. Frühwarnsystem: Einrichtung eines Frühwarnsystems, das vor kommenden Hitzeperioden warnt und die Bevölkerung rechtzeitig informiert.
- 2. Öffentliche Aufklärung: Veröffentlichung von Informationsbroschüren und Online-Ressourcen, die die Bürger:innen über die Gesundheitsrisiken von Hitzewellen informieren und ihnen Ratschläge zur Selbsthilfe geben.
- 3. Kühlzentren: Identifizierung von öffentlichen Gebäuden, die als temporäre Kühlzentren genutzt werden können, insbesondere für vulnerable Bevölkerungsgruppen.
- 4. Hitzeschutz für Arbeitnehmer:innen: Ermutigung von Arbeitgebern, flexible Arbeitszeiten und Hitzeschutzmaßnahmen am Arbeitsplatz einzuführen.
- 5. Grüne Infrastruktur: Förderung von Maßnahmen zur Schaffung von Grünflächen, Begrünung von Dächern und Fassaden sowie Pflanzung von Bäumen, um die Hitzeinseln in der Stadt zu reduzieren.
- 6. Gesundheitliche Versorgung: in Kooperation mit den medizinischen Einrichtungen in der Stadt Sicherstellung, dass das Gesundheitssystem auf erhöhte Belastungen durch Hitze vorbereitet ist.

F.d.R.	
Sarah Lange	
Protokollführerin	



Auszug

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung vom 07.12.2023:

zu 6.9 Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Einrichtung einer zentralen Ansprechstelle im Fachbereich Sicherheit zur Meldung von Vorfällen im Bereich der Jugendkriminalität in Halle (Saale) Vorlage: VII/2023/06344

<u>Abstimmungsergebnis:</u> abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung auf, im Fachbereich Sicherheit bis zum Ende des 4. Quartal 2023 eine zentrale Ansprechstelle zur Meldung von Vorfällen im Bereich der Jugendkriminalität zu schaffen.

Die Ansprechstelle hat folgende Aufgaben:

- Aufnahme von Meldungen (telefonisch, per E-Mail, oder auf anderem Wege), die mit Vorfällen im Bereich der Jugendkriminalität zu tun haben, hierunter fallen die Aufnahme von Daten zu Tatzeitpunkt, Tatort, Beteiligte und darüber hinausgehende Informationen
- Sammlung der Meldungen und Weiterleitung an die Polizei Halle
- bei der Aufnahme von Meldungen empfiehlt die zentrale Ansprechstelle der kontaktaufnehmenden Person die geschilderte Tat bei der Polizei zur Anzeige zu bringen
- bei der Aufnahme von Meldungen informiert die zentrale Ansprechstelle die kontaktaufnehmende Person über Beratungsangebote externer Opferberatungsstellen

Die Ansprechstelle ist sowohl telefonisch, sowie per E-Mail zu erreichen.

Des Weiteren werden Mitarbeiter der Stadtverwaltung dazu angehalten, Informationen bezüglich des Themas der Jugendkriminalität unverzüglich an diese zentrale Stelle weiterzugeben.



Personen, die Kontakt zu der zentralen Ansprechstelle aufnehmen, bleiben anonym. Persönliche Daten werden nur auf deren expliziten Wunsch hin, an die Polizei weitergegeben.

Die Stadtverwaltung hat dafür Sorge zu tragen, dass die zentrale Ansprechstelle insbesondere an Schulen, unter Eltern sowie in Sportvereinen die eng mit Kindern und Jugendlichen zusammenarbeiten bekannt gemacht wird.

F.d.R.	
Sarah Lange	
Protokollführerin	



Auszug

<u>aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des</u>
Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung vom 07.12.2023:

zu 6.10 Antrag der Fraktion "Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig" zum Abbau der Bevorzugung des motorisierten Individualverkehrs Vorlage: VII/2023/06176

<u>Abstimmungsergebnis:</u> Einzelpunktabstimmung

- 1) mehrheitlich abgelehnt
- 2) mehrheitlich abgelehnt
- 3) mehrheitlich abgelehnt

- Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Verkehrsnetz der Stadt geeignete Orte zu identifizieren, an denen man sukzessive mit baulichen und/oder verkehrsordnerischen Maßnahmen wirksame Effekte für die von einer Vielzahl von Akteuren wiederholt geforderte Gleichbehandlung alle Verkehrsteilnehmer im Stadtgebiet erzielen kann.
- 2. Ab dem Jahr 2024 wird damit begonnen, den Verkehrsraum für den MIV an mindestens drei dafür besonders geeigneten Stellen zu begrenzen, um den MIV zu behindern und idealerweise Stau zu erzeugen. Dabei ist darauf zu achten, dass ÖPNV, Rad- und Fußverkehr durch diese Maßnahmen nicht wesentlich beeinträchtigt werden. In den Folgejahren wird jährlich mindestens eine weitere Maßnahme dieser Art hinzugefügt.
- 3. Im Bereich der Altstadt werden ab 2024 jährlich mindestens 50 Parkplätze im öffentlichen Raum, die momentan noch für die private KFZ-Nutzung bereitgestellt werden, abgebaut und für eine alternative Nutzung (Anlieferung, Fahrradabstellplätze, Grünflächen u.a.) bereitgestellt.

F.d.R.	
Sarah Lange	
Protokollführerin	